

Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =
Gazetta militare svizzera

Band: 52=72 (1906)

Heft: 6

Artikel: Englische Wehrreformen

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-98256>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Allgemeine Schweizerische Militärzeitung.

Organ der schweizerischen Armee.

LII. Jahrgang. Der Schweizerischen Militärzeitschrift LXXII. Jahrgang.

Nr. 6.

Basel, 10. Februar.

1906.

Er erscheint wöchentlich. Preis per Semester franko durch die Schweiz Fr. 4. Bestellungen direkt an „Benno Schwabe, Verlagsbuchhandlung in Basel“. Im Auslande nehmen alle Postbureaux und Buchhandlungen Bestellungen an. Verantwortlicher Redaktor: Oberst U. Wille, Meilen.

Inhalt: Englische Wehrreformen. — Der Venezuelakonflikt. — Zur Ausrüstung des Kavallerie-Unteroffiziers. — Die grossen Herbstmanöver in China. — Eidgenossenschaft: Militärische Beförderungen. Offiziersgesellschaft Luzern. — Ausland: Japan: Technische Ausrüstung des Heeres.

Dieser Nummer liegt bei:
**Literaturblatt der Allgemeinen Schweizerischen
Militärzeitung 1906 Nr. 2.**

Englische Wehrreformen.

Am 31. Januar richtete im japanischen Parlament der Abgeordnete Oishi an den Kriegsminister Terauchi die Anfrage, wie es mit den Reformen in der englischen Landarmee stünde und ob es nicht geboten sei, im Hinblick auf den 10 jährigen englisch-japanischen Allianzvertrag England auf die Notwendigkeit einer Verbesserung seines Landheeres aufmerksam zu machen. Der Kriegsminister Terauchi erwiderte im bejahenden Sinne!

Noch nie zuvor ist es vorgekommen, dass eine Macht von der andern, gleich wie hier jetzt das stolze England, das mächtigste Reich der Welt, von einem kleinern Staate die Mahnung erhält, sein Wehrwesen besser zu gestalten und dass der kleinere sich deswegen dazu berechtigt fühlt, weil der grosse es für vorteilhaft erachtet hatte, mit ihm ein Bündnis zu schliessen. Das ist eine Demütigung, grösser als die einer verlorenen Schlacht. Es lehrt aber England im weiteren, dass man sich dort gewaltig täuschte, als man glaubte, Japan lasse dem Vertrag den gleichen Charakter geben, den die englischen Allianzverträge mit deutschen Fürsten des achtzehnten Jahrhunderts hatten, d. h. Japan werde jetzt die Truppen liefern zum Schutz der englischen Besitzungen, damit die Engländer selbst nicht brauchten kriegsgenügend zu sein.

Während mehreren Tagen hat sich die englische Presse nicht geäußert über solche noch nie zuvor dagewesene Behandlung ihrer eigenen

englischen Angelegenheiten in dem Parlament eines befreundeten Staates. Vielleicht war sie zuerst stumm vor Erstaunen, vielleicht wusste sie nicht, was sie dazu sagen dürfe. Einzig die liberalen Daily News sprachen sich sofort aus, und zwar in einer Meinungsäusserung, die den Nagel auf den Kopf trifft, und von der im Interesse Englands gewünscht werden müsste, dass sie zur Leitschnur werde für alles Handeln in der Zukunft.

Die Daily News beginnen mit dem Hinweis, dass man bis vor wenigen Jahren sich seine Ansicht über Japan und Japaner nach den Vorführungen der Operette Mikado gebildet habe. Jetzt stünde Japan mit einem Male da als wertvoller und gesuchter Verbündeter Englands und befände sich in der Lage, freundlich, aber fest, Grossbritannien zu ersuchen, in seinem Hause so Ordnung zu schaffen, wie solches von Japan gemäss dem für zehn Jahre abgeschlossenen Bündnisvertrag erwartet werden darf. Das sei für das englische Selbstgefühl ein schmerzlicher, demütigender Hieb und das Vorkommnis sei geeignet, Illusionen zu zerstören. Vor allem müssten die Briten erkennen, dass ihre Auffassung ihrer Weltmachtstellung eine thörichte sei. Wenn die Japaner in 20 Jahren ein solches Wunder, wie ihre Umwandlung, fertig gebracht hätten, was dürfe man da von ihnen in noch weiteren 50 Jahren erwarten. Zum Glück könne darauf niemand eine sichere Antwort geben und deswegen brauche man über diese auch nicht weiter nachzudenken, aber die Lehren aus den verflossenen 20 Jahren seien von der grössten Bedeutung und die ganze Zukunft Englands hänge davon ab, ob man aus ihnen lernen wolle und lernen könne.

Falscher Stolz dürfe nicht im Wege stehen, guten Rat, möge er kommen woher er wolle, anzunehmen; das Vorgehen Japans bezüglich der englischen Armee müsse als erste nützliche Folge des Bündnisses empfunden werden; gerade gut sei es, dass England an seiner empfindlichsten Stelle, seinem Selbstgefühl und Ehrgefühl, getroffen sei. Japan möge nun England auch noch auf andern Gebieten ebenso wirkungsvoll aufjagen, damit es sich frei mache von all den schwerfälligen Überlieferungen aus überwundenen Zeiten und aus überwundener Denkweise und damit man gleich dem gewandten Verbündeten erkenne, dass die Zukunft dem geistig Regsamsten angehöre.

Andere Blätter fassen die Sache nicht so auf wie die Daily News. Die Daily Mail meint, der Artikel 7 der Bündnisvertrages*) gebe Japan nicht das Recht, eine befreundete und verbündete Nation öffentlich abfällig zu behandeln, und es sei anzunehmen, dass diplomatische Schritte geschehen würden, um die Aufmerksamkeit der japanischen Regierung auf den Verstoß des Kriegsministers zu lenken. Die Morning Post fasst die Sache ruhiger auf. Wenn man sich in Japan durch das Bündnis verpflichtet halte, die Armee zu vergrößern, so fasse man doch den Vertrag anders auf, als Lord Landsdowne beabsichtigt habe. Die Äusserungen des Kriegsministers Terauchi entsprächen zwar nicht dem diplomatischen Brauch, könnten aber vernünftigen Engländern keinen Anstoß geben. Wenn japanische Staatsmänner die Brauchbarkeit der englischen Armee anzweifeln, so sei es vielleicht besser, dass sie dies öffentlich täten, als in Geheimdepeschen, die niemals an das Licht kommen würden. Beobachter in Japan seien wahrscheinlich so von dem deutschen System überzeugt, dass sie von keinem andern System Erfolg erwarteten. Es bleibe jedoch abzuwarten, ob es England nicht gelingen werde, durch den freien Willen seiner Bürger eine Armee zu schaffen, die selbst einen grossen Krieg zu überstehen vermöge. Die Volunteerarmee lasse sich zwar mit einer modernen festländischen Armee nicht vergleichen, sei jedoch verbesserungsfähig und werde nach ihrer Verbesserung ihre europäischen Kritiker in Staunen versetzen. Der Daily Express findet es ganz begreiflich, dass sich die Verbündeten im fernen Osten für die Brauchbarkeit der englischen Armee interessieren, und auch der Daily Telegraph kann es verstehen,

dass die Japaner darüber beruhigt werden wollen, dass das englisch-japanische Bündnis kein einseitiges sei. Das Daily Chronicle entnimmt aus dem Vorgange, dass in Japan das Gefühl vorherrsche, England habe durch das Bündnis Verpflichtungen übernommen, zu deren Erfüllung es bisher noch nicht die nötigen Schritte getan habe. Die Auffassung des Art. 7 durch die Japaner mache den Zustand der englischen Armee und Flotte zu einer japanischen Frage. Das Blatt macht dem alten Ministerium den Vorwurf, durch sein stets schwankendes Verhalten in der Armeefrage einen schlechten Eindruck in Japan hervorgerufen zu haben. Es erklärt, dass es höchste Zeit sei, dass eine klare Politik in Bezug auf die Armee angenommen werde, und hofft, dass Herr Haldane diese Politik durchführen werde.

Mit dieser Meinungsäusserung des Daily Chronicle ist die Sache zur Parteisache geworden, d. h. in jenes Fahrwasser geleitet, in dem man solche Anklagen wegen Übelständen, an denen die ganze Nation schuld ist und deren Bekämpfung daher unpopulär, gerne sieht! — Der arme Lordrektor der Universität Edinburgh Herr Haldane ist als Kriegsminister gerade so hilflos, wie sein jetzt viel geschmähter Vorgänger. In solchen kritischen Zuständen genügt es nicht, den Fachmann als Berater zur Seite zu haben, das Steuer und die Segelleine muss man mit eigener Hand führen. Dem Landvogt blieb in der äussersten Gefahr kein anderes Mittel, als Tell von seinen Fesseln zu befreien und seiner starken Hand und Sachkunde das Steuer zu übergeben.

Wie Herr Haldane bis jetzt begonnen, ist wenig Hoffnung, dass er der Mann sein wird, „der die japanischen Befürchtungen beruhigt“. — Auch die besten seiner Mittel wirken nicht anders als wie die Heilmittel, die man dem aufgegebenen Sterbenden gibt; helfen und heilen sollen sie nicht, sondern nur das Gefühl der Erleichterung hervorrufen und über den Zustand hinwegtäuschen. Wir glauben nicht, dass die Sachkunde des Herrn Haldane so weit reicht, mit bewusster Absicht das richtige Heilmittel zu wählen; immerhin, in dem einen wie in dem andern Fall, scheint er nicht die Courage zu haben, dem ungebärdigen Kranken die Medizin aufzuzwingen, die ihn allein heilen kann.

Es ist jetzt abzuwarten, ob die Hoffnungen der Daily News und auch der Morning Post sich bewahrheiten. Von allen Seiten wird jetzt dem guten Bürgersmann Englands demonstriert, dass die Zeiten vorbei sind, wo sich die persönlichen Beziehungen des geldverdienenden Geschäftsmannes zu Staat und Gesellschaft nur nach den Lehren des Manchestertums gestalten

*) Der Artikel 7 des Bündnisvertrages lautet: „Die Bedingungen, unter denen die Mächte sich gegenseitig bewaffnete Unterstützung zuteil werden lassen, sollen . . . und die Massnahmen für die Ermöglichung einer derartigen Unterstützung werden von den Militär- und Marinebehörden der Parteien, die von Zeit zu Zeit offen und gründlich alle Fragen von gemeinsamem Interesse miteinander beraten werden, vereinbart.“

lassen. Ob der Engländer dies einsieht und sich diesem fügt, das ist die Frage, um die sich jetzt alles dreht. In den jetzigen Verhältnissen fühlte sich der englische Kaufmann und Industrielle wohl; er hatte das Bewusstsein und sprach es stolz aus, dass er in seiner freien Bewegung im Erwerb nicht so wie sein armer Kollege auf dem Kontinent durch die Ansprüche des Staates an ihn beengt sei. Es bedarf grosser Unbefangenheit des Urteils, um freiwillig und rechtzeitig zu erkennen, dass man Anschauungen und Gewohnheiten aufgeben muss, in denen man sich wohl fühlte und an die man sich so sehr gewöhnt hatte, dass man selbst meint, sie seien das Produkt des ureigenen Wesens.

So ist es mit der Ansicht des englischen guten Bürgerstandes über Militärpflicht und Militärdienst. Weil sie bei dieser Denkweise am wenigsten durch Ansprüche des Staates in ihrem Erwerb gestört werden, bildeten sie sich ein, dass dies die für sie, für Gesellschaft und Staat vorteilhafteste Form des Wehrwesens, und dass dies die einzige sei, die dem Unabhängigkeits-sinn des stolzen Engländers entspricht. Niemand will anerkennen, dass sie wie vieles andere in den staatlichen Verhältnissen Englands nur ein Überbleibsel aus einer Zeit ist, die mit der grossen französischen Revolution ihr Ende gefunden hat. Das Wehrwesen, das England jetzt hat und dessen Ungenügen zur japanischen Interpellation veranlasste, war im 18. Jahrhundert überall ganz genau gleich, wie heute in England. Selbst im Grossherzogtum von Gerolstein bestand damals, ganz gleich wie heute im grossen England, ein Söldnerheer, das als das ernsthafteste Heer angesehen wurde und in dem die vornehmen Herren als Offiziere dienten, und eine Bürgergarde, die von niemand, nicht einmal von sich selbst als ernsthaft angesehen wurde, und in der der gute Bürger seine Freude am Militär und seinen Ehrgeiz nach goldenen Tressen und hohem Titel befriedigte. — In der Zeit des Absolutismus, als der Bauer auf dem Land leibeigen war und nur innerhalb der Mauern der Städte eine sogenannte Freiheit des Bürgers bestand — da war Söldner- und Bürgerwehr die richtige Wehrform. In die heutige Zeit passt dies so wenig mehr wie die gepuderten Allonge-Perücken der englischen Richter und — der Lakaien hinten auf dem Trittbrett der Hofwagen. Die Perücken der einen wie der andern datieren aus ganz der gleichen Zeit. —

Wir haben in diesen Blättern unsere Leser schon vielleicht über Gebühr mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit englischer Wehrreform und mit der Frage unterhalten, ob sich der englische Bürger dazu aufraffen kann. Es sei gestattet zu begründen, wie das kommt. Zuerst

ist es verursacht durch das lebhafteste Interesse an der Grösse Englands. Das ist ja wahr, in der Wahl der Mittel, um die Grösse zu halten und zu vermehren, war England niemals sehr wählerisch und der englische Begriff „fair“ war vielfach denjenigen unbekannt, welche für Macht und Grösse des Landes besorgt waren, aber deswegen verdankt England doch an erster Stelle seine Grösse der Tatkraft und Tüchtigkeit seiner Bürger, der Lebenskraft und daher auch dem Lebensrecht des englischen Volkes. Es ist ganz in der Ordnung, dass England so gross und mächtig geworden ist, nach seinem Wesen hatte England die volle Berechtigung dazu — aber damit ist auch die Pflicht gegeben, sich auf der Höhe zu halten. Kann oder will man das nicht, dann war auch das Recht, auf die Höhe zu kommen, nicht echt. England befindet sich in einer Krise; sie gipfelt darin, wie das Wehrwesen gestaltet wird. Können patriotische Sachkunde und rücksichtsloses, vielleicht nicht ganz legales, kraftvolles Handeln der Regierung bewirken, dass der gute Bürgerstand Englands, und hinter diesem dann die grosse Masse des Volkes sich zu allgemeiner Dienstpflicht bereit findet, dann sind alle Grundbedingungen vorhanden, damit England auf seiner Höhe bleiben kann und auch auf gewerblichem Gebiet die drohende Überholung nicht mehr zu fürchten braucht. Bleibt in England aber eine Auffassung der Manchesterlehre obenauf, die meint, der Bürger habe möglichst keine persönlichen Opfer für den Staat zu bringen, von dem der Bürger alles fordert, dann hat England schon lange kein Recht mehr auf seinen obersten Platz und wird durch seinen Kolonialbesitz und den durch diesen erworbenen grossen Reichtum ganz gleich versimpeln wie seine Vorgänger im Kolonialbesitz: Spanien, Portugal und die Niederlande.

Es ist noch ein anderer Grund, weswegen uns die Frage so sehr beschäftigt, ob England die Kraft hat, es zu einem modernen Wehrwesen zu bringen. Die Schwierigkeiten, welche dem Ausbau unseres Milizwesens zur Vollendung entgegenstehen, wurzeln in der im Grunde ganz gleichen Anschauung über Militär und Militärpflicht beim „guten Bürger“, in der in England die Unmöglichkeit wurzelt, allgemeine Dienstpflicht einzuführen. — Auf dieses in unserem Lande zurückzukommen, wird sich später die Gelegenheit bieten.

Der Venezuelakonflikt.

Schon seit zwei Jahrzehnten bestanden gespannte Beziehungen und Reibungen zwischen Venezuela und Frankreich. In neuester Zeit steigerten sie sich dadurch zum offenen Konflikt,